Allgemeine Mandatsbedingungen

Stand 01.10.2026. Anlage zur Mandatsvereinbarung. Keine gesonderte Unterschrift erforderlich.

§ 1 Geltung

(1) Diese Bedingungen gelten für Verträge über anwaltliche Tätigkeit zwischen Rechtsanwalt Rainer Schons ("ich") und dem Mandanten ("Sie"), in die sie einbezogen werden.

(2) Für spätere Aufträge gelten sie nur, wenn sie erneut einbezogen werden.

(3) Einzelvereinbarungen in der Mandatsvereinbarung oder einer Vergütungsvereinbarung gehen vor. Allgemeine Geschäftsbedingungen des Mandanten gelten nicht, auch wenn ich ihnen nicht widerspreche.

§ 2 Umfang des Auftrags

(1) Umfang und Gegenstand ergeben sich aus der Mandatsvereinbarung. Ich schulde Beratung und Vertretung nach deutschem Recht, keine Steuerberatung und keine Beratung nach ausländischem Recht. Wird erkennbar, dass ausländisches Recht oder Steuerrecht erheblich ist, weise ich Sie darauf hin.

(2) Ich schulde sorgfältige Arbeit, keinen Erfolg. Die wirtschaftliche Entscheidung treffen Sie.

(3) Ich darf angestellte oder freie Rechtsanwälte und sonstige Mitarbeiter einsetzen. Für Termine kann ich einen Terminsvertreter beauftragen. Entstehen Ihnen dadurch zusätzliche Kosten, hole ich vorher Ihre Zustimmung ein.

(4) Fristen berechne und überwache ich ab dem Zeitpunkt, zu dem mir das maßgebliche Schriftstück mit dem Zugangsdatum vorliegt.

§ 3 Ihre Mitwirkung

(1) Sie informieren mich vollständig, wahrheitsgemäß und rechtzeitig über alle Tatsachen, die für den Auftrag wichtig sind, und überlassen mir die Unterlagen geordnet und vollständig. Ich darf Ihre Angaben als richtig zugrunde legen. Offenkundige Widersprüche spreche ich an.

(2) Schreiben von Gericht, Behörde oder Gegner leiten Sie mir unverzüglich zu, mit dem Datum, an dem Sie sie erhalten haben.

(3) Entwürfe und Schriftsätze, die ich Ihnen übersende, prüfen Sie auf Richtigkeit und Vollständigkeit des Sachverhalts. Änderungen teilen Sie mir sofort in Textform mit.

(4) Während des Mandats nehmen Sie Kontakt zu Gericht, Behörden und Gegner nur in Abstimmung mit mir auf.

(5) Änderungen Ihrer Anschrift, E-Mail-Adresse oder Telefonnummer und längere Abwesenheiten teilen Sie mir in Textform mit.

§ 4 Vergütung, Vorschuss, Rechnung

(1) Die Vergütung richtet sich nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG), soweit nicht eine Vergütungsvereinbarung getroffen ist. Nach dem RVG richten sich die Gebühren in der Regel nach dem Gegenstandswert.

(2) Ich kann für entstandene und voraussichtlich entstehende Gebühren und Auslagen einen angemessenen Vorschuss verlangen (§ 9 RVG). Bis zum Eingang darf ich die Tätigkeit zurückstellen. Droht Ihnen dadurch ein Rechtsverlust, etwa durch Fristablauf, weise ich Sie vorher darauf hin.

(3) Rechnungen erhalten Sie in Textform (§ 10 RVG), als PDF per E-Mail, wenn Sie diesen Weg gewählt haben. Sie sind innerhalb von 14 Tagen nach Zugang ohne Abzug zu zahlen.

(4) Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner, soweit das Gesetz das vorsieht (§ 7 Abs. 2 RVG).

(5) Meine Vergütung schulden Sie auch dann, wenn ein Gegner, die Staatskasse oder eine Versicherung zur Erstattung verpflichtet ist. Erstattet wird höchstens die gesetzliche Vergütung.

(6) Ich darf Zahlungen, die für Sie bei mir eingehen, mit fälligen und abgerechneten Vergütungsforderungen gegen Sie verrechnen, soweit das Gesetz nicht entgegensteht. Die Verrechnung weise ich Ihnen in Textform aus.

§ 5 Abtretung von Erstattungsansprüchen

Sie treten mir Ihre Ansprüche auf Kostenerstattung gegen den Gegner, die Staatskasse und sonstige Dritte in Höhe meiner Vergütungsforderung erfüllungshalber ab. Ich nehme die Abtretung an. Ansprüche gegen Ihre Rechtsschutzversicherung sind abgetreten, soweit der Versicherungsvertrag das zulässt. Im Übrigen weisen Sie Ihre Versicherung an, meine Vergütung unmittelbar an mich zu zahlen.

Solange Sie Ihre Zahlungspflichten erfüllen, lege ich die Abtretung nicht offen.

§ 6 Rechtsschutzversicherung

(1) Mein Vergütungsschuldner sind Sie. Selbstbeteiligung und alle Beträge, die die Versicherung nicht übernimmt, tragen Sie.

(2) Stelle ich auf Ihren Wunsch die Deckungsanfrage oder führe ich die Korrespondenz mit der Versicherung, ist das eine eigene Angelegenheit, die nach dem RVG gesondert vergütet wird und von der Versicherung in der Regel nicht übernommen wird. Sie können die Anfrage auch selbst stellen.

(3) Insoweit entbinden Sie mich gegenüber Ihrer Versicherung von der Schweigepflicht. Sie teilen mir mit, wenn Beiträge offen sind, der Versicherungsvertrag gekündigt ist oder in derselben Sache ein anderer Anwalt beauftragt ist.

(4) Tätigkeiten vor der Deckungszusage oder außerhalb der Deckung gehen auf Ihre Kosten. Erkenne ich, dass eine gewünschte Tätigkeit voraussichtlich nicht gedeckt ist, weise ich Sie vorher darauf hin.

§ 7 Kommunikation

(1) Wir kommunizieren auf den Wegen, die Sie in der Mandatsvereinbarung gewählt haben. Unverschlüsselte E-Mails und Messenger-Nachrichten können Dritte mitlesen oder verändern. Beginnen Sie selbst die Kommunikation auf einem dieser Wege und setzen Sie sie nach diesem Hinweis fort, gilt das als Ihre Zustimmung (§ 2 Abs. 2 BORA).

(2) Sie sorgen dafür, dass nur Sie oder von Ihnen bestimmte Personen Zugang zu diesen Kanälen haben, und sehen mindestens werktäglich nach eingehenden Nachrichten.

(3) Mit Gerichten und Kollegen kommuniziere ich über das besondere elektronische Anwaltspostfach (beA). Eine verschlüsselte Übermittlung an Sie biete ich auf Wunsch an.

(4) Wichtige Ergebnisse telefonischer Besprechungen bestätige ich Ihnen auf Wunsch in Textform.

§ 8 Software, Dienstleister und Künstliche Intelligenz

(1) Ich setze Kanzleisoftware, IT-Dienstleister und KI-gestützte Anwendungen ein. Die rechtliche Prüfung, die Entscheidung und die Verantwortung liegen allein bei mir. KI-Ergebnisse prüfe ich vor jeder Verwendung persönlich. Ausschließlich automatisierte Entscheidungen im Sinne von Art. 22 DSGVO finden nicht statt.

(2) Dienstleister wähle ich sorgfältig aus. Ich verpflichte sie in Textform zur Verschwiegenheit unter Belehrung über die Strafbarkeit nach § 203 StGB (§ 43e BRAO) und schließe mit ihnen Verträge über die Auftragsverarbeitung (Art. 28 DSGVO). Die Nutzung Ihrer Daten zum Training von KI-Modellen ist ausgeschlossen.

(3) Mandatsbezogene Daten gebe ich an einen Dienstleister, der unmittelbar Ihrem Mandat dient, nur mit Ihrer Einwilligung (§ 43e Abs. 5 BRAO). Ohne Einwilligung nutze ich KI für Ihr Mandat nur mit vollständig anonymisierten Inhalten. Dienstleister im Ausland setze ich nur ein, wenn dort ein vergleichbarer Geheimnisschutz besteht (§ 43e Abs. 4 BRAO). Ihre Daten dürfen nicht zum Training von KI-Modellen verwendet werden.

(4) Der KI-Einsatz wird nicht gesondert berechnet.

§ 9 Verschwiegenheit, Datenschutz

(1) Ich bin zur Verschwiegenheit verpflichtet, auch nach Ende des Mandats. Davon entbinden können nur Sie.

(2) Wie ich Ihre Daten verarbeite, steht in der Datenschutzinformation (Anlage 1).

§ 10 Haftungsbegrenzung

(1) Meine Haftung für Schäden, die durch einfache Fahrlässigkeit verursacht werden, ist auf 1.000.000 Euro je Schadensfall begrenzt (§ 52 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BRAO). Meine Berufshaftpflichtversicherung deckt diesen Betrag.

(2) Die Begrenzung gilt nicht bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit und nicht für Schäden an Leben, Körper oder Gesundheit.

(3) Sie gilt auch gegenüber Dritten, die in den Schutzbereich des Mandats einbezogen sind.

(4) Ist Ihr Risiko höher, kann ich auf Ihren Wunsch und Ihre Kosten eine Einzelobjektversicherung mit höherer Deckung abschließen.

§ 11 Fremdgeld

Geld, das ich für Sie erhalte, verwahre ich treuhänderisch und leite es unverzüglich an Sie weiter, vorbehaltlich einer Verrechnung nach § 4 Abs. 6. Soweit nach dem RVG abgerechnet wird, fällt für Auszahlungen die Hebegebühr nach Nr. 1009 VV RVG an.

§ 12 Beendigung des Mandats

(1) Sie können das Mandat jederzeit kündigen (§ 627 BGB).

(2) Ich kann das Mandat ebenfalls kündigen, aber nicht zur Unzeit, es sei denn, ein wichtiger Grund liegt vor. Wichtige Gründe sind insbesondere: ein angeforderter Vorschuss wird trotz Mahnung nicht gezahlt, das Vertrauensverhältnis ist durch Ihr Verhalten nachhaltig gestört, Sie verlangen ein Vorgehen, das gegen Gesetz oder Berufsrecht verstößt, oder ein Tätigkeitsverbot wird bekannt.

(3) Für die bis zur Beendigung erbrachte Tätigkeit steht mir die Vergütung nach Maßgabe von § 628 BGB und § 15 RVG zu.

§ 13 Handakte

(1) Ich führe Ihre Akte elektronisch. Originalurkunden gebe ich Ihnen zurück. Papierkopien, die Sie mir überlassen, darf ich nach dem Einscannen vernichten.

(2) Die Handakte bewahre ich sechs Jahre auf, gerechnet ab dem Ende des Kalenderjahres, in dem das Mandat endet (§ 50 Abs. 1 BRAO). Danach wird sie vernichtet. Unterlagen, für die längere gesetzliche Fristen gelten, etwa Rechnungen, bewahre ich entsprechend länger auf.

(3) Für Unterlagen, die ich Ihnen herauszugeben habe, endet die Aufbewahrungspflicht früher, wenn ich Sie auffordere, sie in Empfang zu nehmen, und Sie das nicht binnen sechs Monaten nach Zugang der Aufforderung tun (§ 50 BRAO).

§ 14 Urheberrecht

Meine Gutachten, Entwürfe und Schriftsätze dürfen Sie für Ihr Mandat verwenden. Eine Weitergabe an Dritte oder eine Veröffentlichung bedarf meiner Zustimmung.

§ 15 Verbraucherstreitbeilegung

Ich bin nicht bereit und nicht verpflichtet, an einem Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle teilzunehmen. Zuständige Stelle wäre die Schlichtungsstelle der Rechtsanwaltschaft, Rauchstraße 26, 10787 Berlin, www.s-d-r.org.

§ 16 Schlussbestimmungen

(1) Es gilt deutsches Recht.

(2) Erfüllungsort und ausschließlicher Gerichtsstand ist Trier, wenn Sie Kaufmann, juristische Person des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtliches Sondervermögen sind. Gegenüber Verbrauchern gilt der gesetzliche Gerichtsstand.

(3) Änderungen dieser Bedingungen gelten für ein laufendes Mandat nur, wenn Sie zustimmen.

Anlage 1 Datenschutzinformation

nach Art. 13 und 14 DSGVO

Verantwortlicher

Rechtsanwalt Rainer Schons, Hawstraße 1 a, 54290 Trier, Telefon 0651-99359080, E-Mail info@schons-rechtsanwalt.de. Ein Datenschutzbeauftragter ist nicht bestellt, weil die gesetzlichen Voraussetzungen dafür nicht vorliegen.

Welche Daten und wozu

Ich verarbeite die Daten, die Sie mir geben oder die ich im Mandat von Gerichten, Behörden, Gegnern und Dritten erhalte: Namen, Kontaktdaten, Geburtsdatum, Bankverbindung, Versicherungsdaten, den Sachverhalt und die dazu gehörenden Unterlagen. Das können auch besondere Kategorien sein, etwa Gesundheitsdaten im Arbeitsrecht. Zweck ist die Prüfung und Durchführung des Mandats, die Kollisionsprüfung, die Abrechnung und die Erfüllung meiner gesetzlichen Pflichten.

Rechtsgrundlagen

Art. 6 Abs. 1 Buchst. b DSGVO (Mandatsvertrag), Art. 6 Abs. 1 Buchst. c DSGVO (gesetzliche Pflichten, etwa Aufbewahrung und Geldwäscheprävention), Art. 6 Abs. 1 Buchst. f DSGVO (berechtigtes Interesse, etwa an der Durchsetzung und Abwehr von Ansprüchen), Art. 9 Abs. 2 Buchst. f DSGVO für besondere Kategorien, soweit es um Rechtsansprüche geht. Soweit Sie eingewilligt haben, Art. 6 Abs. 1 Buchst. a DSGVO.

Empfänger

Gerichte, Behörden, Gegner und deren Anwälte, Sachverständige, Ihre Rechtsschutzversicherung, soweit das für das Mandat nötig ist. Außerdem Dienstleister, die für mich als Auftragsverarbeiter tätig sind und nach § 43e BRAO zur Verschwiegenheit verpflichtet sind, wie Kanzelisoftware, E-Mail, Cloud-Speicher, KI-Anwendung, IT-Betreuung.

Die Anbieter dürfen Ihre Daten nicht für eigene Zwecke verwenden, insbesondere nicht zum Training von KI-Modellen. Eine Übermittlung in die USA stützt sich auf den Angemessenheitsbeschluss der EU-Kommission zum EU-US Data Privacy Framework vom 10.07.2023 bei zertifizierten Anbietern, ansonsten auf EU-Standardvertragsklauseln (Art. 46 Abs. 2 Buchst. c DSGVO). Ein Zugriff von US-Behörden lässt sich dabei nicht vollständig ausschließen. Eine ausschließlich automatisierte Entscheidung (Art. 22 DSGVO) findet nicht statt.

Speicherdauer

Die Handakte bewahre ich sechs Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres auf, in dem das Mandat endet (§ 50 BRAO). Abrechnungsunterlagen bewahre ich so lange auf, wie es das Steuer- und Handelsrecht vorschreibt, Unterlagen nach dem Geldwäschegesetz fünf Jahre. Danach lösche ich die Daten.

Ihre Rechte

Sie haben das Recht auf Auskunft (Art. 15), Berichtigung (Art. 16), Löschung (Art. 17), Einschränkung (Art. 18), Datenübertragbarkeit (Art. 20) und Widerspruch gegen eine Verarbeitung auf Grundlage berechtigter Interessen (Art. 21 DSGVO). Diese Rechte finden ihre Grenze an meiner Verschwiegenheitspflicht und am Schutz der Rechte Dritter (§ 29 BDSG). Eine Einwilligung können Sie jederzeit für die Zukunft widerrufen.

Sie können sich beschweren beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, Hintere Bleiche 34, 55116 Mainz.

Pflicht zur Bereitstellung

Ohne Ihre Daten kann ich das Mandat nicht übernehmen, keine Kollisionsprüfung durchführen und nicht abrechnen.

Anlage 2 Widerrufsbelehrung

für Verbraucher bei Verträgen, die ausschließlich über Fernkommunikationsmittel oder außerhalb der Kanzleiräume geschlossen werden

Widerrufsrecht

Sie haben das Recht, binnen vierzehn Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen.

Die Widerrufsfrist beträgt vierzehn Tage ab dem Tag des Vertragsabschlusses.

Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie mir (Rechtsanwalt Rainer Schons, Hawstraße 1 a, 54290 Trier, Telefon _____, E-Mail _____) mittels einer eindeutigen Erklärung (zum Beispiel ein mit der Post versandter Brief oder eine E-Mail) über Ihren Entschluss, diesen Vertrag zu widerrufen, informieren. Sie können dafür das beigefügte Muster-Widerrufsformular verwenden, das jedoch nicht vorgeschrieben ist.

Zur Wahrung der Widerrufsfrist reicht es aus, dass Sie die Mitteilung über die Ausübung des Widerrufsrechts vor Ablauf der Widerrufsfrist absenden.

Folgen des Widerrufs

Wenn Sie diesen Vertrag widerrufen, habe ich Ihnen alle Zahlungen, die ich von Ihnen erhalten habe, unverzüglich und spätestens binnen vierzehn Tagen ab dem Tag zurückzuzahlen, an dem die Mitteilung über Ihren Widerruf dieses Vertrags bei mir eingegangen ist. Für diese Rückzahlung verwende ich dasselbe Zahlungsmittel, das Sie bei der ursprünglichen Transaktion eingesetzt haben, es sei denn, mit Ihnen wurde ausdrücklich etwas anderes vereinbart. In keinem Fall werden Ihnen wegen dieser Rückzahlung Entgelte berechnet.

Haben Sie verlangt, dass die Dienstleistungen während der Widerrufsfrist beginnen sollen, so haben Sie mir einen angemessenen Betrag zu zahlen, der dem Anteil der bis zu dem Zeitpunkt, zu dem Sie mich von der Ausübung des Widerrufsrechts hinsichtlich dieses Vertrags unterrichten, bereits erbrachten Dienstleistungen im Vergleich zum Gesamtumfang der im Vertrag vorgesehenen Dienstleistungen entspricht. [Ende der Widerrufsbelehrung]

Muster-Widerrufsformular

(Wenn Sie den Vertrag widerrufen wollen, dann füllen Sie bitte dieses Formular aus und senden Sie es zurück.)

An Rechtsanwalt Rainer Schons, Hawstraße 1 a, 54290 Trier, E-Mail _____:

Hiermit widerrufe(n) ich/wir (*) den von mir/uns (*) abgeschlossenen Vertrag über die Erbringung der folgenden Dienstleistung (*):

_____

Bestellt am (*) / erhalten am (*): _____

Name des/der Verbraucher(s): _____

Anschrift des/der Verbraucher(s): _____

_____ _____

Datum

Unterschrift des/der Verbraucher(s) (nur bei Mitteilung auf Papier)

(*) Unzutreffendes streichen.